

★ TOP



Die BMP Greengas will sich in Eigenregie sanieren und das beantragte Schutzschirmverfahren schnell hinter sich lassen. (Pixabay)

INSOLVENZ

BMP Greengas beantragt Gläubigerschutz

München (energate) - Der Biomethanhändler BMP Greengas wird zum Sanierungsfall. Ein bereits beantragtes Schutzschirmverfahren und eine Insolvenz in Eigenregie sollen die mittelbare EnBW-Tochter schon bis Ende September 2023 wieder in die Spur bringen. Ziel ist es ferner, alle 60 betroffenen Arbeitsplätze zu sichern, erklärte BMP Greengas. Ob das Unternehmen diesen Weg gehen kann, hängt davon ab, wie das Gericht die Sanierungsperspektiven einschätzt. Wird dies positiv beschieden, behält das gegenwärtige Management bei Sanierung die Hoheit über den strategischen Kurs des Unternehmens.

Damit die Restrukturierung gelingt und BMP zum Ende des zweiten Quartals bereits wieder "nachhaltig saniert regulär am Markt agieren kann", rückt der Fachjurist und Sanierungsexperte Jochen Sedlitz von der Kanzlei Grub Brugger zeitweise in die Geschäftsführung auf. Die dramatisch veränderte Beschaffungssituation im Zuge der vom Ukrainekrieg befeuerten Energiekrise habe es unmöglich gemacht, Lieferverträge wie vereinbart zu erfüllen, begründete das Unternehmen den Schritt.

BMP will Bestandsverträge kündigen und ersetzen

Der beantragte Gläubigerschutz sei die einzig verbliebene Möglichkeit, um die Schieflage kurzfristig aufzulösen. Nur so könnten die aus Sicht von BMP unerfüllbaren Bestandsverträge gekündigt und neue Verträge zu "tatsächlich beschaffbaren Mengen" geschlossen werden. Es gehe darum, "Risiken und Schäden aus nicht erfüllbaren Verträgen vorzubeugen" und

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

BMP Greengas beantragt Gläubigerschutz 1

🏠 POLITIK

Netzausbau: Viel reden hilft 2

Habeck unterzeichnet deutsch-dänisches Offshore-Abkommen 3

Ziel: Auch im nächsten Winter mehr Biogasstrom 3

Giffey: Klimamilliarden noch nicht verteilt 4

🏢 UNTERNEHMEN

Sonnen vernetzt Wärmepumpen 4

Badenova beteiligt sich am Kommunalversorger 5

Hansewerk bekommt neue Arbeitsdirektorin 5

⚡ STROM

IEA prognostiziert Rekordausbau der Erneuerbaren 5

Bedarf an Netzreserve sinkt wohl im kommenden Winter 6

Strompreise leisten Widerstand, noch erfolglos 6

EUAs fallen unter 80-Euro-Marke 7

🔥 GAS & WÄRME

Baustart für innovative KWK-Anlage in Duisburg 7

Norddeutscher Pipelinebau für LNG-Import startet 8

Elektrolysekorridor Ostdeutschland nimmt Fahrt auf 8

LNG-Tanker kommen trotz niedriger Preise 8

Trianel bietet Epe-Kapazitäten für zwei Jahre an 9

🌟 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

ZVEI: Wachsende Batterieindustrie muss gesichert werden 9

Breites Konsortium für grüne Quartiere 10

Eon optimiert Ladevorgänge mit KI 10

"Wir erledigen alles unter einem Dach" 10

🇦🇹 ÖSTERREICH

EffG im Nationalrat mehrheitlich angenommen 11

TiwaG hält Jahresergebnis 2022 stabil 12

OMV: Entlastung für Rainer Seele 12

🔥🌟 ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

dem Kundenstamm "zu fairen Kriterien zu geben, was tatsächlich möglich ist", hieß es vonseiten der Geschäftsführer Stefan Schneider und Sven Kraus. Die Kundschaft, zu der vor allem Stadtwerke, aber auch Immobilienunternehmen und Industrie-

kunden gehören, und die zuliefernden Unternehmen würden einerseits schriftlich über die Situation und dieses Ansinnen informiert. Andererseits "finden Austauschtermine statt", kündigte Sanierungsexperte Sedlitz an. BMP unterhält nach eigenen Angaben überwiegend langfristige Geschäftsbeziehungen mit dementsprechend mehrjährigen Verträgen. Für deren Umstellung veranschlagt der Biomethanhändler zwei Monate. Direkt im Anschluss will das vorübergehend neu formierte Management einen Sanierungsplan beim zuständigen Gericht einreichen. So das Gericht grünes Licht zu diesem Plan gäbe, würde das Verfahren beendet werden.

4 Mrd. kWh Handelsvolumen

BMP Greengas ist eine Tochtergesellschaft von Erdgas Südwest und als solche auch Teil des EnBW-Konzerns. Mit einem zum Teil durch Portfoliokäufe gewachsenen Handelsvolumen von 4 Mrd. kWh bezeichnet sich BMP Greengas als einen der führenden Biomethanvermarkter Europas. Außerdem bietet das Münchner Unternehmen als Dienstleister auch Bilanzkreis- und Portfoliomanagement sowie den Handel mit THG-Quoten an. Privatkundengeschäft betreiben die Münchner nicht.

BMP Greengas 2021 in der Verlustzone

Die jüngste öffentlich zugängliche Bilanz von BMP Greengas stammt aus dem Jahr 2021. Bei knapp 356 Mio. Euro Umsatz verbuchte BMP damals 25 Mio. Euro Verlust nach Steuern. Dies ergab sich laut der Bilanz aus der Absicherung von Handelsgeschäften, für die BMP rund 28 Mio. Euro für drohende Verluste zurückstellte. Im Verlauf der Energiekrise waren auch zahlreiche andere große wie kleine Versorger wegen der Absicherung ihrer Handelsaktivitäten in Schwierigkeiten geraten, weil die zu hinterlegenden Sicherheiten an die gestiegenen Energiepreise gekoppelt sind. /pa

Von Philip Akoto

AKZEPTANZ

Netzausbau: Viel reden hilft

Bayreuth (energate) - Ein schnellerer Netzausbau kann ohne einen frühzeitigen und intensiven Austausch mit Betroffenen nicht gelingen. Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet wirbt daher für eine "neue Deutschlandkommunikation". Der Hintergrund: Die Ampel-Koalition will den Ausbau der Energieinfrastruktur beschleunigen und hat dazu verschiedene Gesetzesänderungen beschlossen. Von EU-Seite wird dies durch die Notfallverordnung unterstützt, ganze Planungs- und Prüfschritte können wegfallen, um die Vorhaben schneller ins Ziel zu bringen. Angewandt wurden Beschleunigungsmöglichkeiten etwa beim Bau der LNG-Terminals an der Küste. In der politischen Debatte wird von der neuen "Deutschlandgeschwindigkeit" gesprochen.

Für die Stromnetzbetreiber ist das höhere Tempo eine Herausforderung. Sie mühen sich ohnehin seit Jahren darum, den Bau ihrer notwendigen Übertragungsleitungen gegen viel Skepsis vor Ort voranzubringen. "Im Zieldreieck Akzeptanz, Zeit, Geld müssen wir nun den Faktor Zeit an erste Stelle setzen, ohne die anderen Dimensionen aus dem Blick zu verlieren", sagte Martin Groll, Head of Community Relations bei Tennet, im Interview mit energate. Seine Schlussfolgerung: Vor Ort ist eine noch frühere, intensivere, aber auch zielgerichtete Kommunikation notwendig.

Anja Schlicht, Geschäftsführerin beim auf Dialog spezialisierten Beratungsunternehmen Navos, pflichtet dem bei. "Der aktuelle Druck könnte zu dem Gedanken verleiten, dass es keine oder weniger Kommunikation braucht, damit es noch schneller geht." Dies sei ein Irrglaube. Wer hoffe, unter dem Radar zu schwimmen, werde meist überrascht. Schlicht und Groll haben gemeinsam ein Paper mit fünf Thesen zur "Deutschlandkommunikation" verfasst. Darin werben sie dafür, genau zu erklären, warum etwa bestimmte Schritte in Planungsverfahren entfallen. Tennet kann hier etwa auf



Uniting Our Energy: Business & Brand

WINGAS & astora
werden Teil der
Marke SEFE.



Erfahrungen mit dem Bau der Westküstenleitung in Schleswig-Holstein aufbauen. "Vereinfacht gesagt haben wir dabei das Raumordnungsverfahren durch ein Dialogverfahren ersetzt. Das war sehr erfolgreich", erklärte Groll. Dem Projekt kam zugute, dass es von der Landesregierung unterstützt wurde. Der Bau der Übertragungstrasse Suedlink verzögerte sich nicht zuletzt wegen der Kritik aus Bayern. Groll stellt daher klar. "Eine Landesregierung, die uns positiv begleitet, hilft natürlich."

Seit Beginn des russischen Angriffes auf die Ukraine steht das Thema Energieversorgungssicherheit noch mehr im Fokus. Aus Sicht von Schlicht und Groll kann dies helfen, vor Ort um Verständnis für den Bau von Infrastruktur zu werben. "Aktuell liegt im Thema Versorgungssicherheit eine Chance", meinte Schlicht. Denn ein Netzbetreiber könne darauf verweisen, dass der Bau einer neuen Stromleitung helfe, den Betrieb eines Unternehmens vor Ort zu sichern. "Es ist nur unklar, wie lange das trägt", betonte sie.

Schlicht und Groll warben dafür, Dialogmaßnahmen zu standardisieren, also nicht immer wieder neu zu starten. Gleichzeitig müssten die Maßnahmen flexibel auf die Vorhaben ausgerichtet werden. "Bei kleinen Maßnahmen, etwa einer Umbeseilung auf einer Bestandsleitung, reicht es vielleicht, auf Ebene des Bürgermeisters zu kommunizieren", führte Groll aus. Für Neubauprojekte sei dagegen mehr Aufwand nötig. Viel Wert legen Betroffene dabei laut einer von Navos und Civey durchgeführten Umfrage auf die persönliche Ansprache. Demnach gaben 46 Prozent an, direkte Gespräche zu bevorzugen, nur einem Drittel genügte die digitale Beteiligung. /kw

Von Karsten Wiedemann

WINDENERGIE AUF SEE

Habeck unterzeichnet deutsch-dänisches Offshore-Abkommen

Bornholm (energate) - Dänemark will auf der Ostseeinsel Bornholm bis Anfang der 2030er Jahre mindestens 3.000 MW Offshore-Windkraft anschließen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat mit seinem dänischen Amtskollegen

Lars Aagaard nun ein Regierungsabkommen unterzeichnet, um den Strom aufzuteilen. Dieser soll über neue Netzanbindungen zum größeren Teil nach Deutschland und zum kleineren Teil zum dänischen Festland transportiert werden. Der Windstrom soll auf die deutschen Ziele im Rahmen des EEG sowie hälftig auf die deutschen und dänischen Beiträge zum EU-Ziel unter der EU-Erneuerbaren-Richtlinie RED angerechnet werden.

Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) 50 Hertz und Energinet übernehmen jeweils zur Hälfte die Infrastrukturkosten des "Bornholm Energy Island Projekts". Im Gegenzug teilen sich die ÜNB die Engpasserlöse der jeweiligen Leitungen nach Deutschland und Dänemark und erhalten Eigentum an den grenzüberschreitenden Stromleitungen. Die neue EU-Richtlinie für erneuerbare Energien (RED) sieht grenzüberschreitende Projekte ausdrücklich vor. Dänemark und Deutschland haben diese EU-Vorgabe mit dem unterzeichneten Regierungsabkommen bereits erfüllt. Perspektivisch sollen in einem weiteren dänischen Energy-Hub in der Nordsee bis zu 10.000 MW Offshore-Windparks mit Deutschland und anderen Ländern über neue Stromleitungen verbunden werden, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Auch in der Ostsee würden sich bereits weitere Kooperationsprojekte abzeichnen. /ck
Von Carsten Kloth

ENERGIEKRISE

Ziel: Auch im nächsten Winter mehr Biogasstrom

Berlin (energate) - Mit einer Reihe von Regelungen bereitet sich die Bundesregierung auf die Energieversorgung im kommenden Winter vor. So bleiben Anreize für Biogasanlagen erhalten, mehr Strom zu produzieren. Das geht aus einer Formulierungshilfe für einen Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP im Bundestag hervor, die energate vorliegt.Bereits im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung Regelungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) außer Kraft gesetzt, die eine höhere Biogasproduktion behindern. Das Ziel: Biogas sollte Erdgas in der Stromerzeugung ersetzen helfen. Anlagenbetreiber dürfen seither etwa trotz geändertem

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

Flexibilitätszuschlag den Güllebonus behalten, auch wenn sie wegen geänderter Fahrweise nicht mehr alle Voraussetzungen erfüllen. Diese Regelung wird nun bis 2024 verlängert. In dem Antrag heißt es zur Begründung, dass wegen des Ukrainekrieges eine Gasknappheit auch im kommenden Winter nicht auszuschließen sei. Es solle daher ein weiterer Anreiz geschaffen werden, die Stromerzeugung aus Biogas zu steigern. Weiterhin plant die Ampel, den Anschluss von Solaranlagen bis 50 kW zu erleichtern. Verteilnetzbetreiber müssen demnach auf ein Netzanschlussbegehren innerhalb von einem Monat antworten, andernfalls gilt die Anlage als genehmigt. Mit der Regelung übernimmt die Bundesregierung Vorgaben aus der EU-Notfallverordnung aus dem Frühjahr 2023.

SPD, Grüne und FDP reagieren zudem auf die Tatsache, dass bezuschlagte Windprojekte aus Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur aus den Jahren 2021 und 2022 im Umfang von 5.200 MW noch nicht gebaut wurden. Als Grund dafür führen sie Kostensteigerungen infolge des Ukrainekrieges an, die zur Gebotsabgabe nicht absehbar waren. Die Projektierer dürfen die Zuschläge nun vor Ende der vorgesehenen Realisierungsfrist zurückgeben, damit Mengen schnell wieder ausgeschrieben werden. Das Ziel: Verzögerungen beim Ausbau der Windenergie vermeiden. Mit einer weiteren Änderung will die Koalition zudem sicherstellen, dass die Bundesländer per Landesrecht höhere Flächenziele für die Windkraft beschließen können als dies nach Bundesgesetz vorgesehen ist. /kw

Von Karsten Wiedemann

VERKEHRSWENDE

Giffey: Klimamilliarden noch nicht verteilt

Berlin (energate) - Die Hauptstadt will bis 2045 klimaneutral werden und dafür bis zu 10 Mrd. Euro investieren. Noch sei das Geld aber nicht da. Zudem werde auch noch über die Verteilung des Sondervermögens diskutiert, sagte Franziska Giffey (SPD), Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie Bürgermeisterin, auf einer Veranstaltung der Berliner Agentur für Elektromobilität (Emo). Ein Sondervermögen für den Klimaschutz hatte die schwarz-rote

Landesregierung aus CDU und SPD im April angekündigt. Vorgesehen sind 5 Mrd. Euro, bei Bedarf ist eine Aufstockung auf 10 Mrd. Euro möglich. Gedacht ist das Geld für die vier Bereiche Gebäude, Verkehr, Erneuerbareausbau und die Transformation der Wirtschaft. Giffey zufolge braucht es dafür zunächst ein Gesetz, das derzeit erarbeitet wird. Danach könne es an die Umsetzung gehen.

Der Verkehr allein verursache 30 Prozent der CO2-Emissionen, so die Senatorin weiter. Den Sektor zu transformieren, sei daher besonders wichtig. Johannes Wieczorek, Abteilungsleiter im Bundesverkehrsministerium, sieht dafür vor allem drei Stellschrauben: die Förderung emissionsarmer Mobilität, den Aufbau eines flächendeckenden Ladenetzes für E-Autos und eine vorausschauende Netzplanung, die den steigenden Strombedarf einrechnet. Aber: "Wir dürfen nichts verbieten, sondern müssen Anreize schaffen", betonte Wieczorek. Auf die Frage von energate, weshalb der Bund bislang entgegen eigener Ankündigungen kaum Flächen für Ladesäulen bereitgestellt hat, antwortete er nicht direkt und verwies vor allem auf die Kommunen. In Berlin sind aktuell rund 2.500 öffentliche Ladepunkte verfügbar und etwa 15.000 Wallboxen am Netz. /dz

Von Daniel Zugehör



UNTERNEHMEN

SOFTWARELÖSUNG

Sonnen vernetzt Wärmepumpen

Wildpoldsried (energate) - Der Speicherhersteller Sonnen will mit einer neuen herstellerübergreifenden Softwarelösung die Integration von Wärmepumpen in das Stromnetz vereinfachen. Diese soll noch in diesem Jahr auf den Markt kommen, teilte die Shell-Tochter mit. Mit ihrer Hilfe soll die Sonnenbatterie nicht nur die PV-Anlage, Batterie und das Aufladen des E-Fahrzeugs intelligent steuern, sondern auch die Wärmepumpe. Für Sonnen bedeutet intelligentes Verhalten, dass die Wärmepumpe zum Aufheizen für Warmwasser und Heizen überschüssigen Solarstrom direkt vom eigenen Dach oder aus der Sonnenbatterie nutzt. Das senke Energiekosten und auch den



100% ERNEUERBARE FÜR ALLE.

GP JOULE ist in allen Teilen der Energie-Wertschöpfungskette aktiv: von der Erzeugung bis zur Nutzung. Wir beraten, finanzieren, projektieren, bauen und sorgen für den passenden Service. Wir produzieren und vermarkten Wind- und Solarstrom, grünen Wasserstoff und Wärme.

GP-JOULE.DE

GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

CO₂-Ausstoß stehe nicht genügend vom eigenen Strom zur Verfügung, liefere die Sonnencommunity die nötige Menge. Im Sommer lasse sich das Haus über die Wärmepumpe und Solarstrom sogar effizient kühlen, sodass häufig keine zusätzliche Klimaanlage nötig wäre.

Die Vernetzung bringe eine Reihe von Vorteilen mit sich: Zum einen sei die Wärmepumpe "die perfekte Technologie für das schwankende Angebot einer erneuerbaren Energiewelt", so Oliver Koch, CEO von Sonnen. Die Abstimmung aller Erzeuger, Verbraucher und Speicher sei eine Grundvoraussetzung für das dezentrale Energiesystem der Zukunft. Zum anderen benötige die Integration keine zusätzliche Hardware. Das erleichtere den Installateuren die Arbeit bei der Vernetzung dieser Geräte. Weil die Ressourcen vieler Fachbetriebe begrenzt seien, lasse sich der intelligente Einbau von Wärmepumpen so beschleunigen und vereinfachen. /am

Von Artjom Maksimenko

BETEILIGUNG

Badenova beteiligt sich am Kommunalversorger

Freiburg (energate) - Der Freiburger Versorger Badenova beteiligt sich an der Energieversorgung Titisee-Neustadt GmbH (EVTN). Der baden-württembergische Kommunalversorger EVTN ist derzeit insbesondere im Stromvertrieb tätig und errichtet seit 2020 das Nahwärmenetz in Neustadt, teilte Badenova mit. Dem Unternehmen gehört zudem das dortige Stromnetz. Mit einem Anteil von 25,1 Prozent werde Badenova damit zum vierten Gesellschafter neben der Stadt Titisee-Neustadt (50,1%, zuvor 60%), EWS Elektrizitätswerke Schönau eG. (21,34%, zuvor 30%) und Vita-Bürger-Energie e.G. (3,46%, zuvor 10%).

Die Gesellschafter wollen im ersten Schritt das Stromverteilnetz aus der EVTN rauslösen. Dieses würde dann die noch zu gründende gemeinsame Gesellschaft der EWS Elektrizitätswerke Schönau und der Badenova-Tochter Badenova Netze zum 1. Januar 2024 kaufen. Am gleichen Tag soll Badenova Netze dann Pächter und Netzbetreiber werden. Denn der Freiburger Energieversorger sei bereits seit über 36 Jahren mit einer technischen Betriebsstelle in Titisee-Neustadt vertreten und verfüge über die nötige Expertise. "Wir möchten mit der Kooperation ein klares Zeichen setzen, dass wir im Hochschwarzwald gemeinsam eine nachhaltige Energie- und Wärmewende gestalten wollen", so Vorstand Heinz-Werner Hölscher. /am

Von Artjom Maksimenko

PERSONALIE

Hansewerk bekommt neue Arbeitsdirektorin

Quickborn (energate) - Im Vorstand der Hansewerk vollzieht sich ein Wechsel. Zum 1. Juni 2023 wird Stephanie Ladwig die Arbeitsdirektorin und verantwortet damit das Personal, teilte der Energiedienstleister mit. Die 57-Jährige folgt auf Jörn Klimant, der in den Ruhestand geht. In ihrer bisherigen Tätigkeit war Ladwig

zwölf Jahre lang die Landrätin des Kreises Plön (Schleswig-Holstein). Davor hatte die studierte Juristin verschiedene leitende Positionen im Kreis Nordfriesland inne. "Stephanie Ladwig kennt unsere Geschäftsregion sehr gut und verfügt über vielfältige Erfahrungen in Kommunalpolitik und Verwaltung mit umfangreicher Personalverwaltung", kommentierte der Vorstandsvorsitzende Matthias Boxberger. /lw
Von Leonie Wolf



STROM

ERNEUERBARE ENERGIEN

IEA prognostiziert Rekordausbau der Erneuerbaren

Paris (energate) - Die Internationale Energieagentur erwartet in diesem Jahr einen Rekordanstieg bei dem Ausbau von Solaranlagen und Windkraftwerken. Insgesamt werde die Kapazität um ein Drittel steigen, vor allem aufgrund des wachsenden politischen Moments und der rasant gestiegenen Energiepreise.

Zu diesem Schluss kommt ein Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA), der am 1. Juni veröffentlicht wurde. Das stetige Wachstum solle auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Zu erwarten sei eine elektrische Leistung der erneuerbaren Energien von 4.500 Gigawatt (GW). Dies entspricht der gesamten Stromproduktion von China und den Vereinigten Staaten.

Dieser rasante Anstieg sei vor allem einem Land zu verdanken: China. Das Land alleine ist für 55 Prozent des weltweiten Anstiegs bis 2024 verantwortlich. Auch in Europa ist die Antwort auf die Energiekrise von den erneuerbaren Energien abhängig. In den nächsten zwei Jahren beträgt der Zuwachs von Windenergie an Land in der Europäischen Union um die 33 GW. Bei der Solarenergie ist der Zuwachs mit ungefähr 95 GW noch größer. Zum Vergleich: Ende 2021 waren in der EU 236 GW Windenergie und 162 GW Solarenergie installiert.

Russischer Krieg als Katalysator

Die Vorhersage wurde seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs um 40 Prozent nach oben korrigiert. Offenbar war der Krieg für viele Länder ein Katalysator, den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie zu beschleunigen und sich unabhängig vom russischen Gas zu machen. Auch die hohen Energiepreise trugen ihren Teil dazu bei. Zudem verstärkten europäische Schlüsselländer wie Deutschland, Italien und die Niederlande ihre politische Unterstützung. Laut dem Report hat die neu installierte Kapazität den europäischen Konsumenten schätzungsweise 100 Mrd. Euro gespart.

Die Energieagentur prognostiziert, dass auch die Produktionskapazität für Solarenergie weiter steigt. Bis 2024 soll es eine Verdoppelung auf 1.000 GW geben. Damit könnten 2030 weltweit genug Solaranlagen produziert werden, um den Bedarf für das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu decken. Die Prognose für die Wind-

energie sieht hingegen schlechter aus. Nach einigen schwierigen Jahren in der Branche ist zwar ein starker Anstieg sichtbar, doch laut dem Report ist der Anstieg der Produktionskapazität nicht schnell genug, um den mittelfristigen Bedarf zu bedienen. **/lw**
Von Leonie Wolf

SZENARIOANALYSE DER NETZE

Bedarf an Netzreserve sinkt wohl im kommenden Winter

Bonn (energate) - Deutschland braucht im kommenden Winter voraussichtlich weniger konventionelle Netzreservekapazität als in der Vergangenheit angenommen. In wenigen Jahren allerdings steigt dieser Bedarf um ein Vielfaches. Die jüngste Schätzung der vier Übertragungsnetzbetreiber beziffert diesen Bedarf für den Winter 2023/24 auf etwas mehr als 4.600 MW. Das wären knapp 750 MW weniger als bislang laut der Vorgängerstudie aus dem Frühjahr 2022 kalkuliert.

Für den Winter 2025/26 prognostizieren 50 Hertz, Amprion, Transnet BW und Tennet nun rund 10.200 MW an Kraftwerksleistung, die gebraucht wird, um die Stromnetze im Bedarfsfall per Redispatch zu stabilisieren. Die Bundesnetzagentur bestätigte beide Schätzungen, die auf aktuellen Systemanalysen der Übertragungsnetzbetreiber beruhen.

Dabei geht die Bonner Behörde auf davon aus, dass alle aktuell 13 in der Netzreserve befindlichen heimischen Kohle- und Gaskraftwerke mit 3.636 MW zum kommenden Winter zur Verfügung stehen. Ferner werden die vier Netzbetreiber voraussichtlich knapp 3.300 MW davon tatsächlich für Redispatch nutzen und die übrigen benötigten 1.300 MW aus dem Ausland beziehen. Für den Winter 2025/26 kalkuliert die aktuelle Analyse im Inland mit 21 verfügbaren Kohle- und Gasmeilern, die ungeachtet schwankender Verfügbarkeiten knapp 5.900 MW an Netzreserveleistung bereitstellen können. Der aus dem Ausland zu deckende Netzreservebedarf soll dann leicht über der Marke von 4.300 MW liegen.

Kohlekraftwerke bleiben in der Merit Order vorn

Sowohl im kommenden Winter als auch im Winter 2025/26 stehen laut der Analysen Kohlekraftwerke weit vorn in der Merit Order. Das bedeutet, diese Anlagen springen bei Bedarf als erste ein. Die jeweils günstigste Reservekapazität im bevorstehenden Winter werden Braunkohlekraftwerke mit 3 Euro/MWh liefern können, gefolgt von Steinkohlekraftwerken mit 36,26 Euro/MWh. Erdgaskraftwerke stehen mit geschätzten 151,53 Euro/MWh weiter hinten. Weil die Übertragungsnetzbetreiber davon ausgehen, dass der Gaspreis bis zum Winter 2025/26 nahezu 50 Prozent günstiger wird, bringt dies Gaskraftwerke in der angenommenen Merit Order dieses Zeitraums ein Stück nach vorn. Allerdings soll die Braunkohle dann noch immer bei 3 Euro/MWh liegen und Steinkohle noch bei 33 Euro/MWh. CO₂, so die Annahme, wird sich indes um 13 Prozent verteuern von 71,21 Euro/t auf 80,65 Euro/t.

Ferner sehen die Übertragungsnetzbetreiber Deutschland im europäischen Markt weiterhin als Netto-Stromexporteur. Großer Importbedarf besteht demnach in den beiden kommenden Winter vor allem in Frankreich. Die in die Jahre gekommenen französischen AKW hatten auch 2022 lange Ausfallzeiten wegen erhöhtem Reparaturbedarf. Dies hatte den Importbedarf der Franzosen hochgehalten und die krisenhafte Preisentwicklung im Großhandel mit getrieben. **/pa**
Von Philip Akoto

ADD-ON STROM MARKTBERICHT VOM 26.05. BIS 01.06.2023

Strompreise leisten Widerstand, noch erfolglos

Dortmund (energate) - Die Sonneneinstrahlung sowie die geringere Nachfrage sorgten an Pfingsten für lange tiefrote Phasen im Spothandel. Die Terminkontrakte hingegen verzeichneten lange eine moderate Seitwärtsbewegung. Am Donnerstagnachmittag setzten sie ihren bearishen Trend aus der Vorwoche fort.

Mit über 40.000 MW an Solarstromeinspeisung gleich an mehreren Tagen standen die Spotkontrakte an der Strombörse in dieser Woche gehörig unter Druck. Diese Einspeisung über der saisonalen Norm sorgte an Pfingsten für negative Preise. So dauerte diese Phase am Pfingstsonntag, 28. Mai, zwischen 11 und 18 Uhr an, mit einem Negativrekord von minus 129,91 Euro/MWh. Auch am Pfingstmontag, 29. Mai, drückten die Sonnenstrahlen den Spotpreis von 11 bis 18 Uhr ins Minus. Hier erreichte der Stundenpreis minus 109,45 Euro/MWh. Selbst an den beiden folgenden Tagen - regulären Werktagen - sorgte vor allem die Solareinspeisung immerhin in jeweils drei Stunden für Preise leicht unter dem Nullwert.

Sonniger Feiertag drückt auf den Preis

Insgesamt blieb der Day-Ahead-Kontrakt in dieser Handelswoche jedoch zweistellig. Nach 69,98 Euro/MWh für den vergangenen Freitag, gab der Spotkontrakt am Wochenende auf 62,67 Euro/MWh (Samstag) und 26,55 Euro/MWh (Sonntag) nach. Für Pfingstmontag notierte der Kontrakt noch weiter darunter: 21,45 Euro/MWh. Eine sprunghafte Erholung setzte für Dienstag bei 87,74 Euro/MWh ein, und das obwohl die Stundenpreise drei Mal unter null waren. Für Mittwoch kostete der Day-Ahead-Kontrakt 72,32 Euro/MWh, wobei es auch hier drei Stunden lang negative Preise gab, und für Donnerstag 72,90 Euro/MWh. Für Freitag schloss der Spotkontrakt bei 81,02 Euro/MWh.

Dafür, dass der Day-Ahead nicht weiter abrutschte, sah ein Marktteilnehmer zwei Gründe: zum einen das schwache Windaufkommen und zum anderen die Erholung des Gaspreises, der "zuletzt ausgesprochen bearish" unterwegs war. Der Day-Ahead-Kontrakt am THE kostete zuletzt 24,68 Euro/MWh. Diese Erholung führen die Experten auf eine zeitweise Einschränkung der Gasproduktion in Norwegen zurück. Insgesamt bleibt die Tendenz klar bearish. Der Gasmarkt sehe derzeit hohe Lagerbestände und rechnet mit einer sinkenden

Nachfrage während der Schwächephase der Weltwirtschaft. Auf dem Terminmarkt sah es in dieser Handelswoche nach einem erfolgreichen Widerstand gegen den anhaltenden Kursrückgang aus. Am Ende der Woche konnten die Kontrakte jedoch den klaren bearishen Signalen nichts entgegenzusetzen. So startete der Frontmonat-Kontrakt mit 75,58 Euro/MWh in die Handelswoche und damit gleich zwei Euro unter dem letzten Vorwochenwert (26.05.: 77,61 Euro/MWh). Am Dienstag ging der Juni-Kontrakt auf 74,11 Euro/MWh zurück. Am Mittwoch (75,80 Euro/MWh) und Donnerstagnachmittag (77,40 Euro/MWh) erfolgte eine Korrektur nach oben. Der Markt sei überverkauft, eine Gegenbewegung sei derzeit möglich, so die Argumentation der Händler.

Bearisher Trend setzt sich fort

Das Quartalsprodukt Q3/23 notierte wie auch der Frontmonat-Kontrakt zunächst deutlich unter dem Vorwocheniveau. Am Montag erreichte der Kontrakt 83,61 Euro/MWh und legte am Dienstag auf 83,92 Euro/MWh zu. Auf den Sprung am Mittwoch auf 86,03 Euro/MWh folgte dann ein Rückgang auf 82,10 Euro/MWh am Donnerstagnachmittag. Ihren Widerstand gaben zum Ende der Handelswoche auch die Jahresbänder 2024 und 2025 auf. Cal 24 ging von 124,54 Euro/MWh am Montag zunächst auf 122,47 Euro/MWh am Dienstag zurück. Auf die Korrektur auf 124,58 Euro/MWh am Mittwoch folgte der deutliche Rückgang auf 121,00 Euro/MWh am Donnerstagnachmittag. Dieser Wert liegt 3,48 Euro unter dem Wert aus dem vergangenen Freitag - der Preisrückgang setzt sich auf Wochensicht also weiter fort. Der Kontrakt Cal 25 schloss am Donnerstagnachmittag bei 112,40 Euro/MWh und damit 1,65 Euro unter dem Vorwocheniveau.

Für die kommende Woche bleiben die Händler vorsichtig optimistisch, dass die Kontrakte am langen Ende mehr Widerstand leisten. Auf dem Spothandel hängt derzeit vieles von den Erneuerbaren ab. Hier seien die Kursprognosen weitgehend bearish. /am

Von Artjom Maksimenko

ENERCHASE-MARKTBERICHT CO2

EUAs fallen unter 80-Euro-Marke

Willich (enerchase) - In der Handelswoche mussten die Energiemärkte kräftige Kursverluste verbuchen. Entsprechend waren auch bei den Emissionszertifikate die Bären die stärkere Marktpartei und so schloss der EUA-Dezember-Future die Handelswoche 7,04 Prozent leichter bei 83,13 Euro/t CO2. Bärenmarkt setzt sich nach kurzer Verschnaufpause weiter fort

Der Pfingstmontag ist in Deutschland zwar ein bundesweiter Feiertag, gehandelt wurde an den Börsen dennoch. Nach dem Kursrutsch der Vorwoche zeigte sich am Montag allerdings nur wenig Veränderung. Trotz eines Tageshochs bei 84,46 Euro/t CO2 gab es für die EUAs auf Tagesschlusskursbasis ein kleines Minus von 0,16 Prozent auf 83,00 Euro/t CO2. Nach dem langen Pfingstwochenende zeigte sich am Dienstag dann bei den Verschmutzungsrechten stärkerer Verkaufsdruck. Der CO2 Dez-23-Kontrakt ging mit einem Minus von 3,16

Prozent bei 80,38 Euro/t CO2 aus dem Handel. Angesichts des festen Energiekomplexes konnten sich am Mittwoch schlussendlich die CO2-Bullen leicht durchsetzen. Der EUA-Dezember-Future stieg um 0,49 Prozent auf 80,77 Euro/t CO2. Intraday zeigte sich der Kontrakt allerdings unentschieden und handelte zwischen 82 Euro/t CO2 auf der Ober- und 79,31 Euro/t CO2 auf der Unterseite. Ebenfalls im Einklang mit den anderen Energiemärkten geht es am Donnerstag wieder abwärts. Gegen 16:30 Uhr notiert der CO2 Dez-23-Kontrakt zuletzt mit einem Minus von 1,72 Prozent bei 79,38 Euro/t CO2

Investmentfonds bauen Netto-Short-Position deutlich aus

Während es in KW 20 noch einen leichten Abbau der Netto-Short-Position im EU ETS gab, zeigen die Daten des Commitments of Traders-Report (CoT-Report) der vergangenen Woche wieder einen deutlichen Anstieg der Netto-Short-Position der Investmentfonds. Noch eine Woche zuvor sank die Netto-Short-Position um rund 4 Mio. Zertifikate auf ein Minus von 4,7 Mio. EUAs. Dies setzte sich aus einem Aufbau der Long-Position und Abbau der Short-Position um jeweils rund 2 Mio. EUAs zusammen. In der vergangenen Woche stieg die Position um rund 9,1 Mio. EUAs auf 13,8 Mio. EUAs an. Dabei wurden die Short-Positionen um 6,5 Mio. EUAs erhöht, während die Long-Positionen um 2,6 Mio. EUAs abgebaut wurden.

Aufgrund des Feiertags am Montag hat die Versteigerung am Primärmarkt nicht stattgefunden. Zudem ist die polnische Auktion in der aktuellen Woche aufgrund des zweiwöchigen Rhythmus entfallen. Die Menge der Primärmarktauktion sinkt entsprechend von 11,8 Mio. EUAs auf 6,8 Mio. EUAs. Bei der ersten Versteigerung in der aktuellen Handelswoche wurde am Dienstag ein Auktionspreis von 79,79 Euro/t CO2 erzielt. Die Bid-to-Cover Ratio lag bei 1,98. Am Donnerstag lag der Clearing-Preis bei 78,62 Euro/t CO2 (Cover Ratio: 2,08).

Autor: Stefan Küster, Tobias Waniek - www.EnergyCharts.de

GAS & WÄRME

KLÄRANLAGE

Baustart für innovative KWK-Anlage in Duisburg

Duisburg (energate) - Die Stadtwerke Duisburg haben im Stadtteil Huckingen mit dem Bau einer innovativen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (iKWK) begonnen. Sie soll dazu beitragen, die Fernwärmeversorgung bis 2035 CO2-frei zu machen. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2025 geplant, teilte der Kommunalversorger mit. "Wir sind sehr stolz auf dieses Projekt und es wird aufgrund seiner Größe eine Strahlkraft haben", sagte Marcus Wittig, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Duisburg AG. Der Versorger hatte das Projekt im Juli 2021 zur iKWK-Ausschreibung bei der Bundesnetzagentur eingereicht und den Zuschlag zur Förderung über 45.000 Betriebsstunden erhalten. Insgesamt investieren die Stadtwerke rund 27 Mio. Euro in das Gesamtprojekt.

Die kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung entsteht an der Kläranlage der Wirtschaftsbetriebe Duisburg. Bei der innovativen Komponente, die aus der KWK- eine iKWK-Anlage macht, handelt es sich um Wärmepumpen, die im bereits geklärten Abwasser der Kläranlage enthaltene Restwärme nutzen, um sie dem Fernwärmenetz zuzuführen. Dafür wird am Ausgang der Kläranlage in einem Teilbereich des Auslaufbeckens eine Wasservorlage angestaut. So kann gewährleistet werden, dass bei nicht kontinuierlichen Wassermengen trotzdem ausreichend Wasser für eine Abwärmegewinnung vorhanden ist. Das Wasser kann schon ab einer Temperatur von 10 Grad Celsius in den Wärmepumpen genutzt werden.

Zur Unterbringung der beiden Wärmepumpen mit einer Gesamtleistung von 3,8 MW bauen die Stadtwerke auf dem Gelände der Kläranlage ein Pumpenhaus. Zur Anlage gehören außerdem zwei Blockheizkraftwerke, die jeweils 4,5 MW elektrisch leisten und 4,7 MW thermisch. Diese werden nicht am Klärwerk, sondern im Heizwerk Mitte der Stadtwerke errichtet. Obwohl die einzelnen Komponenten nicht alle an einem Ort aufgestellt werden, gelten sie gemeinsam doch als eine Einheit, da sie alle in das gleiche Fernwärmenetz einspeisen werden.

Die Leistung der iKWK-Anlage reicht nach Angaben der Stadtwerke aus, um den Stromverbrauch von 10.000 Haushalten zu decken und 4.000 Haushalte mit Wärme zu versorgen. Komplettiert wird die Anlage mit einem elektrischen Wärmeerzeuger mit einer Leistung von 30 MW. Dieser soll vor allem dann zum Einsatz kommen, wenn sich überschüssige elektrische Energie im Netz befindet, die nicht von Haushalten oder der Industrie benötigt wird. Dies sei eine "sinnvolle Ergänzung unseres Erzeugungsparks, weil wir Wärme aus überschüssiger Energie produzieren können, die wir in unserem Fernwärmespeicher am Heizkraftwerk III einspeichern können, bis sie von den Kundinnen und Kunden abgerufen wird", erklärte Andreas Gutschek, Vorstand für Infrastruktur und Digitalisierung bei den Stadtwerken Duisburg. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

GASANBINDUNG WILHELMSHAVEN-LEER

Norddeutscher Pipelinebau für LNG-Import startet

Westerstede (energate) - Vier Wochen nach der Genehmigung hat EWE Netz die ersten Rohre der 70 Kilometer langen "Gasanbindung Wilhelmshaven-Leer" verlegt. Das 200-Millionen-Euro-Projekt soll es ermöglichen, die LNG-Mengen des zweiten Terminals in Wilhelmshaven in das deutsche Ferngasnetz zu integrieren und bei Bedarf zu den ostfriesischen Gasspeichern zu transportieren. Die Leitung mit insgesamt 4.500 Rohren durch die Landkreise Friesland, Ammerland und Leer kommt auf eine jährliche Kapazität von 6 Mrd. Kubikmetern Gas. Das zuständige Landesamt LBEG hatte im Rekordtempo Ende April grünes Licht gegeben. In Wilhelmshaven betreibt Uniper im Auftrag der Bundesregierung das Spezialschiff FSRU namens Höegh Esperanza. Die Kapazität von 5 Mrd. Kubikmetern ist praktisch voll ausgelastet, wie aus den Daten der europäischen Transparenzplattform ALSI hervorgeht. Ende dieses Jahres wird eine zweite FSRU, die Excelsior

des Betreibers Tree Energy Solutions (TES), hinzukommen mit nochmals 4,5 Mrd. Kubikmetern. Bis dahin will der Netzbetreiber EWE mit dem Bau der neuen Pipeline fertig sein. "Von jetzt an werden wir im Schnitt fast einen halben Kilometer Rohr pro Tag verlegen, um die Leitung rechtzeitig vor dem nächsten Winter fertigzustellen", kündigte Torsten Maus an, Vorsitzender der Geschäftsführung der EWE Netz.

Kurzfristig könne die Leitung die Erdgasversorgung von mehr als vier Mio. Haushalten in der Region sichern, mittelfristig soll sie grünen Wasserstoff transportieren. TES plant ab 2026 die Inbetriebnahme eines festen Terminals, das grünen Wasserstoff in Methanform (e-NG) aufnehmen kann - mit einer Kapazität von zunächst 11 Mrd. Kubikmetern. /mt

Von Michaela Tix

VORZEITIGER MASSNAHMENBEGINN

Elektrolysekorridor Ostdeutschland nimmt Fahrt auf

Berlin (energate) - Das Bundeswirtschaftsministerium hat den vorzeitigen Maßnahmenbeginn für den sogenannten "Elektrolysekorridor Ostdeutschland" bewilligt. Das Vorhaben aus dem Verbundprojekt "Doing Hydrogen" setzt auf die Installation von vier Großelektrolyseuren mit einer Gesamtkapazität von 210 MW, um grünen Wasserstoff im industriellen Maßstab zu produzieren, teilte der Energiedienstleister Enertrag mit. Das Unternehmen ist zusammen mit den Fernleitungsnetzbetreibern Gascade und Ontras sowie dem Wasserstoffhersteller Apex an dem Vorhaben beteiligt, das sich als "Important Project of Common European Interest (IPCEI) um eine Förderung vom Bund bemüht. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn erlaubt es den Unternehmen vor der Fördermittevergabe und auf eigenes Risiko mit der Umsetzung zu beginnen.

Im Rahmen des Elektrolysekorridors wird grüner Wasserstoff an vier Standorten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt erzeugt und in eine Pipelinesnetz eingespeist, das aus umgewidmeten Gasleitungen besteht. Abnehmer sind Industriebetriebe in Brandenburg, die mit dem Wasserstoff ihre Produktion dekarbonisieren wollen. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

ADD-ON GAS & WÄRME MARKTBERICHT VOM 26.05. BIS 01.06.2023

LNG-Tanker kommen trotz niedriger Preise

Essen (energate) - Der Gashandel befindet sich im Spotmarkt weiterhin im Sommermodus mit Notierungen unter 25 Euro/MWh. Am Ende der Kurve sorgte ein ungeplanter Ausfall in Norwegen für kurze Aufregung, die sich aber bald schon wieder in Wohlgefallen auflöste.

Nicht nur die eigenen Sommergefühle sagen es, sondern auch die Wetterdienste. Eine Schönwetterperiode, die warm oder sogar sehr warm ausfallen könnte, liegt vor uns. Das drückt die Gasnachfrage

bei den Endkunden. Gleichzeitig verringern die hohen Solareinspeisungen den Bedarf für Gaskraftwerke. Die deutschen Gasspeicher füllen sich zudem weiter. Die aktuelle Quote von 74 Prozent ist für diese Jahreszeit ungewöhnlich hoch. Marktteilnehmer sprechen schon von einer "Übersorgung", welche die Preise wieder in den einstelligen Bereich drücken könnte.

Am vergangenen Freitag kostete der Frontmonat an der niederländischen TTF nur noch 24,75 Euro/MWh. Am deutschen THE, der tendenziell eher teurer ist, waren es da noch 25,90 Euro/MWh. Nach dem langen Pfingstwochenende mit hohen Solar- und Windinspeisungen blieben Day-Ahead und der Frontmonat Juni, der sich seiner Fälligkeit näherte, auf niedrigem Niveau unter der 25-Euro-Marke. Im Mittwochshandel lagen die Notierungen darüber. Dies war allerdings kein tendenzieller Umschwung, sondern vielmehr eine Gegenbewegung zu den deutlichen Preisnachteilen der vergangenen Woche.

Donnerstagnachmittag standen Day-Ahead und der neue Frontmonat Juli bei 24,20 Euro/MWh. "Trotz der niedrigen Preise ist Europa für die flexiblen LNG-Tanker noch attraktiv genug", ordnete ein Gashändler ein. US-Lieferanten vergleichen mit den Preisen für JKM, der für LNG-Spotlieferungen nach Japan, Südkorea, China und Taiwan steht. Zahlt der asiatische Markt mehr, drehen die Tanker ab und nehmen nicht mehr Kurs auf Europa. "Mal sehen, wie viel Zeit uns bleibt", so ein Marktteilnehmer.

Hammerfest-Problem stützt Preise

Im Terminmarkt bestimmte eine Meldung die Preise. Der norwegische Betreiber Equinor gab ein Leck an der LNG-Anlage Hammerfest bekannt. "Das Kalenderjahr schoss direkt zwei bis drei Euro nach oben", berichtete der Händler. Inzwischen hat sich die Lage entspannt: Keiner der 98 Mitarbeitenden wurde verletzt und am 8. Juni soll die Verflüssigungsanlage bereits wieder in Betrieb gehen. Donnerstagnachmittag notierte das Kalenderjahr an der TTF daher wieder deutlich niedriger bei 43,50 Euro/MWh. **/mt**

Von Michaela Tix

ADD-ON GAS & WÄRME

Trianel bietet Epe-Kapazitäten für zwei Jahre an

Aachen (energate) - Die Trianel Gasspeicher Epe GmbH hat die Vermarktung von Speicherkapazitäten angekündigt. Dabei können Nutzer erstmals auch auf Kapazitäten für zwei Jahre bieten. Insgesamt vermarktet Trianel 315 GWh für das Speicherjahr 2024/25 und für den Zeitraum 2024/26 auf unterbrechbarer Basis. Die Bieterverfahren finden am 22. Juni statt.

"Wir reagieren auf die zunehmende Nachfrage nach längerfristigen Speicherprodukten", erklärte Carsten Haack, Geschäftsführer der Trianel Gasspeicher Epe. Der Speicherkunde könne längerfristig flexibel über sein eingespeichertes Gas verfügen und erhalte so größere Planungssicherheit.

Die Auktion umfasst maximal neun Lose über jeweils 35 GWh Arbeitsgasvolumen mit einer Einspeicherleistung von 200 MW und einer Ausspeicherleistung von 400 MW. Die Lose werden in zwei Verfahren auktioniert. Dabei werden die in der zweiten Auktion vergebenen Speicherlose vor den in der ersten Auktion vergebenen Bündeln unterbrochen. Interessenten können laut Trianel bei beiden Bieterverfahren entscheiden, Gebote nur für das Speicherjahr 2024/25 oder für zwei Speicherjahre abzugeben. Weitere Details hat Trianel auf seinen Webseiten veröffentlicht. **/tc**



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

SPEICHERMARKT

ZVEI: Wachsende Batterieindustrie muss gesichert werden

Frankfurt am Main (energate) - Die Produktion von Lithium-Ionen-Zellen in Deutschland wächst, der Absatz erreicht einen Rekordwert. Dies teilte der Verband der Elektroindustrie ZVEI mit. Nun gehe es darum, die gesamte Wertschöpfungskette in der Batterieproduktion zu sichern und weiter auszubauen. Europa müsse im internationalen Wettbewerb attraktiver werden, um die Versorgung mit Batteriezellen in den kommenden Jahren zu sichern, sagte Christian Rosenkranz, ZVEI-Fachverbandsvorsitzender Batterien, anlässlich eines Pressegesprächs. Um die technologische Souveränität zu wahren, brauche es unter anderem Unterstützung bei den Investitionskosten, wettbewerbsfähige Energiepreise, eine stabile Energieversorgung und ausreichende Recyclingkapazitäten.

Deutscher Batteriemarkt setzt Wachstum fort

Der deutsche Batteriemarkt, bestehend aus Produktion und Importen abzüglich der Exporte, stieg laut ZVEI im vergangenen Jahr insgesamt um 62 Prozent auf zuletzt rund 16,3 Mrd. Euro. Dabei hatten Lithium-Ionen-Batterien mit einem Umsatz von rund 1,6 Mrd. Euro den größten Anteil. Das Segment wuchs um 92 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Markt für Bleibatterien hingegen sank um rund zehn Prozent auf knapp eine Mrd. Euro.

Einen Rekordwert erreichten im Jahr 2022 die Importe mit 16,9 Mrd. Euro - plus 49 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Rund 80 Prozent der Importe entfallen dabei auf Lithium-Batterien. Bedeutendster Lieferant war China mit einem Importvolumen von 5,6 Mrd. Euro. Der Export von Batterien ist im Jahr 2022 auf rund 7,8 Mrd. Euro leicht angewachsen. Die Produktion in Deutschland erreichte einen Wert von rund 7,2 Mrd. Euro. Auch ein Teil der Batterie-Importe wurde wieder exportiert. In der EU ist Deutschland der wichtigste Produzent von Batterien, vor allem von Bleibatterien. Aber auch bei der Lithium-Batterie-Produktion sind in Deutschland deutliche Zuwächse zu sehen, teilte der Verband weiter mit. So sei hierzulande im Jahr 2022 die Produktion von Lithium-Batterien um 44 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. **/ck**

Von Carsten Kloth

KOOPERATION

Breites Konsortium für grüne Quartiere

Frankfurt am Main (energate) - Die Sektorkopplung voranbringen will ein Konsortium aus sechs branchenübergreifenden Unternehmen in Frankfurt am Main. Sowohl in einem Bestands- als auch in einem Neubauquartier wollen die Partner, darunter die Mainova, etwa Photovoltaikanlagen installieren und Energie aus Abwärme nutzen. Intelligente Zähler und Sensoren sowie eine Mieter-App sollen zudem den Verbrauch transparent machen. Die Zusammenarbeit sei auf zunächst drei Jahre angelegt.

Ziel ist es laut der Partner, den Energieverbrauch zu senken und die Effizienz zu steigern. Weitere Themen sind Ladeinfrastruktur für E-Autos, der Glasfaserausbau oder altersgerechtes Wohnen. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten neben der Mainova die ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft, die Deutsche-Bahn-Tochter DB Station & Service, der Bezirksverband des Deutschen Roten Kreuzes Frankfurt am Main, der Lebensmitteleinzelhändler Rewe sowie die Telekom.

Mainova-Sprecher: Erste Projekte zeichnen sich ab

Erste Projekte würden sich bereits abzeichnen, erläuterte ein Mainova-Sprecher auf Nachfrage. So sollen Heizanlagen mittels Sensorik und Lorawan überwacht und optimiert sowie PV-Mieterstrom-Lösungen skaliert werden. Eine Kostenprognose sei aufgrund des teilweise frühen Planungsstandes noch nicht möglich. Die Partner wollen perspektivisch auch neue Produkte und/oder Geschäftsmodelle ausloten.

Bewusst haben sie sich für Bestand und Neubau entschieden - um Lösungen für beide Varianten zu entwickeln. Die Herausforderungen sind dabei unterschiedlich: In neuen Quartieren können solche Technologien mitgeplant werden. Bereits bestehende Gebäude seien hingegen eine der "größten urbanen Herausforderungen" für die Energiewende. Zur Wahl stehen dem Sprecher zufolge Quartiere in den Frankfurter Stadtteilen Gallus und Gutleutviertel sowie die angrenzenden Innenstadtbereiche. Beim Neubau gebe es "mehrere Optionen", die später festgelegt würden. /dz

Von Daniel Zugehör

ELEKTROMOBILITÄT

Eon optimiert Ladevorgänge mit KI

Essen (energate) - Der Eon-Konzern bietet Ladesäulenbetreibern jetzt eine KI-basierte Software an. Mit "Evercharge" sei es möglich, Kosten zu senken, verspricht der Konzern. Die Software funktioniere herstellerunabhängig mit den meisten Ladestationsherstellern und IT-Anbietern. Mit Hilfe von künstlicher Intelligenz erkenne Evercharge auch externe Störungen, etwa Baustellen. Mittels KI lasse sich zudem eine drohender Ausfall einer Ladesäule vorhersagen. /lw

Von Leonie Wolf

ADD-ON NEUE MÄRKTE: INTERVIEW MIT FRANK STUMPF, FORTUM BATTERIE RECYCLING

"Wir erledigen alles unter einem Dach"

Düsseldorf (energate) - Fortum hat Ende April im finnischen Harjavalta Europas größte hydrometallurgische Recyclinganlage für Batterien in Betrieb genommen. Auch in Deutschland recycelt das Unternehmen über seine Tochterfirma "Fortum Batterie Recycling GmbH" Altbatterien aus dem Elektromobilitätssektor im baden-württembergischen Kirchardt. Wir sprachen darüber mit Frank Stumpf, Operations Director bei Fortum Batterie Recycling.

energate: Wie steht es um den Auf- und Ausbau der Batterierecyclingsparte von Fortum, Herr Stumpf?

Stumpf: Mit der neu eröffneten Recyclinganlage in Harjavalta verfügt Fortum über vier Standorte mit verschiedenen Behandlungsschritten. Harjavalta ist die erste kommerzielle und in Bezug auf die Recyclingkapazität größte hydrometallurgische Anlage für Batterierecycling in Europa. Unser Ziel für Harjavalta ist es, bis 2027 eine Kapazität von 30.000 Tonnen zu erreichen. Unser Recyclinggeschäft für Batterien ist aufgliedert. Es ist gewissermaßen dreigeteilt. Da gibt es erstmal den Bereich, wo wir Batterien empfangen und sie entladen. Das heißt, dort wird möglichst viel Energie rausgenommen und anschließend werden die Batterien so weit wie möglich mechanisch demontiert. Es werden also die Kabel entfernt, die Leiterplatten, die Hüllen und so weiter. Im zweiten Schritt wird dann die Zelle mit dem restlichen Außenherum geschreddert, um an das aktive Material, die sogenannte schwarze Masse beziehungsweise "Black Mass", zu kommen. Erst im dritten Schritt kann dann die Black Mass in der hydrometallurgischen Anlage verwertet werden, um daraus wieder Nickel, Kobalt und Lithium zu produzieren.

energate: Wie steht es um den Wettbewerb im Batterierecycling? Wodurch heben Sie sich von der Konkurrenz hervor?

Stumpf: Alle diese Schritte sind bekannt aus der Abfallwirtschaft. Dafür gibt es spezialisierte Entsorgungsfachbetriebe. Als Fortum erledigen wir das alles unter einem Dach und das unterscheidet uns vom Wettbewerb. Wir arbeiten in dieser Tiefe von der Batterieerfassung bis zum Verkauf von Nickelsulfat. Es gibt zwar spezialisierte Betriebe für jeden dieser einzelnen Schritte, aber ich kenne keinen, der heute diese ganze Kette abdeckt, so wie wir es tun. Wir produzieren eigene Black Mass und verarbeiten sie dann auch selbst. Mit unserer Kompetenz in hydrometallurgischen und mechanischen Recyclingtechnologien können wir über 95 Prozent der wertvollen Metalle aus der Black Mass zurückgewinnen. Wir können in der hydrometallurgischen Anlage in Harjavalta deutlich mehr Material verarbeiten, als wir selbst in den vorgelagerten Schritten herstellen. So sind wir offen für den Markt und arbeiten dort natürlich auch mit den Wettbewerbern zusammen. Das heißt, wir kaufen von ihnen Black Mass und produzieren daraus sekundäres Nickel und Kobalt.

energategate: Wer sind die Anbieter von Altbatterien und wer die Abnehmer Ihrer recycelten Materialien?

Stumpf: Im baden-württembergischen Kirchart sind wir mit unserer neuen Recyclinganlage Untermieter unserer finnischen Partnerfirma Valmet Automotive. Valmet Automotive hat dort vor Kurzem in ihrem ersten Batteriewerk in Deutschland die Batterieserienproduktion für Elektrofahrzeuge und Plug-in-Hybride aufgenommen. Wir demontieren nun dort vor allem Batterien aus Mitteleuropa, den Beneluxstaaten und Frankreich und schicken sie dann auf die Reise nach Finnland zum Schredder. Perspektivisch wollen wir diesen nächsten Arbeitsschritt jedoch auch gerne in Deutschland betreiben, um dann direkt Black Mass nach Finnland zu schicken. Und sollte die Anlage in Harjavalta eines Tages ausgelastet sein, würden wir uns freuen, wenn wir uns auch irgendwann der nächsten hydrometallurgischen Anlage auf deutschem Boden zuwenden könnten. Denn wenn ich die deutsche Politik richtig verstehe, hegt sie ja den Wunsch, die Rohstoffkreisläufe auch in Deutschland enger zu schließen.

energategate: Wo könnte eine solche hydrometallurgische Anlage in Deutschland entstehen?

Stumpf: Hydrometallurgische Anlagen sind sehr chemieintensiv. Das sind spezialisierte Chemieanlagen. Da Kirchart ein eher ländliches Industriegebiet ist, würde ich diese nicht dort, sondern eher in einem Industriepark wie Leuna sehen. Oder auch Ludwigshafen, Zeitz, Schwarzheide oder insbesondere auch Bitterfeld fallen mir da ein. Denn Bitterfeld soll ja ein Zentrum der europäischen Batterie-technologie werden und würde damit über alle Versorgungsanlagen verfügen, die man für den Betrieb einer hydrometallurgischen Recyclinganlage braucht. Die Aktivitäten in Kirchart würden dann beim Schreddern und der Black-Mass-Produktion enden.

energategate: Wie schätzen Sie die Entwicklung des europäischen Marktes für Batterierohstoffe ein? Wo steht Europa im weltweiten Vergleich?

Stumpf: Wir sehen Europa als einen wichtigen Markt, aber wir bewegen uns hier derzeit vor dem Markt. Heute Batterien fürs Recycling zu bekommen, ist nicht so einfach. Denn viele Unternehmen und Rohstoffhändler halten sie auf Lager. Sie sehen momentan vor allem den Wert in diesen Batterien. So könnten ihnen Nickel, Kobalt und Lithium vielleicht ein paar Tausend Euro bringen und sie fragen sich: Was mache ich denn jetzt damit? Es will nicht jeder diese Batterien sofort abgeholt haben, sondern viele Unternehmen wollen sich diese Werte erstmal sichern. Deswegen investieren wir Schritt für Schritt. Wir erweitern die Kapazität mit dem Wachstum des Marktes.

energategate: Mit dem Verkauf der Uniper-Anteile und nach dem Rückzug aus dem Ladedienstleistungsgeschäft mit dem Verkauf von Recharge und Plugsurfing: Wie positioniert sich Fortum neu? Was planen Sie für den deutschen Markt?

Stumpf: Das waren nur die sichtbaren Verkäufe in Deutschland. Es gab auch in anderen Bereichen eine starke Konsolidierung bei

Fortum, bei der wir versuchen, uns wieder auf das Kerngeschäft zu konzentrieren und als Energieproduzent weiterzuwachsen. Fortum verfolgt daher die Strategie, den nordischen Markt und die dortige Sparte der Energieerzeugung wieder mehr in den Fokus zu rücken. Den Ausbau der Recyclingsparte betrachten wir losgelöst von der Fortum-Kernstrategie, aber sehen ihn trotzdem als eine Notwendigkeit an. Unser Ziel bis 2030 ist es, zwei weitere hydrometallurgische Anlagen in Europa außerhalb Finnlands und etwa sieben Anlagen für die mechanischen Prozesse aufzubauen, die wiederum schwarze Masse für die hydrometallurgischen Anlagen produzieren. Wir streben an, über 200.000 Tonnen Batterieabfälle zu sammeln. Da die Nachfrage nach recycelten Batteriematerialien in den nächsten fünf bis zehn Jahren drastisch steigen wird, haben wir uns außerdem das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2030 mehr als 2.000 Tonnen Lithiumhydroxid, mehr als 20.000 Tonnen Nickel, mehr als 15.000 Tonnen Mangan sowie mehr als 5.000 Tonnen Kobalt für die Herstellung neuer Batterien zu produzieren.

Die Fragen stellte Nils Eckardt.

ÖSTERREICH

ENERGIEPOLITIK

EEffG im Nationalrat mehrheitlich angenommen

Wien (energategate) - Der Nationalrat hat das Energieeffizienzgesetz (EEffG) mehrheitlich angenommen. Die Bundesregierung (ÖVP/Grüne) hatte zuvor einen adaptierten Antrag zum Gesetz präsentiert, nachdem das Gesetz an der Zweidrittelmehrheit im Parlament scheiterte. Da mit dem neuen Antrag weite Teile des Gesetzesvorhabens in das vormalige Bundes-Energieeffizienzgesetz übernommen und keine Verfassungsbestimmungen geändert oder ergänzt werden, reichte nun für den Beschluss eine einfache Mehrheit im Gremium.

Die heimische E-Wirtschaft begrüßte in einer ersten Reaktion den Beschluss des Gesetzes. Damit würden klare Vorgaben im Bereich Energieeffizienz geschaffen und ein drohendes EU-Vertragsverletzungsverfahren abgewendet, teilte Oesterreichs Energie mit. Die Branchenvertretung pocht aber auf den Beschluss weiterer noch ausständiger Energiegesetze. SPÖ bleibt bei ablehnender Haltung

Die Oppositionspartei SPÖ verweigerte im Vorfeld ihre Zustimmung zu Gesetzesnovellen der Bundesregierung. Auch die jetzige Fassung des EEEffG lehnt die SPÖ weiterhin ab und fordert stärkere Maßnahmen gegen die Teuerung. Die Sozialdemokraten bemängeln laut Pressedienst des Parlaments vor allem, dass im Gesetz nach wie vor keine Verpflichtung für Energielieferanten vorgesehen sei, einen Beitrag gegen die Teuerung zu leisten. Auch die Arbeiterkammer (AK) Wien hält das Gesetz für "weitgehend wirkungslos". Es werde kaum dazu beitragen, den Energieverbrauch in Österreich zu senken, so die AK Wien.

Weitere Kritik an dem Gesetz kommt von den heimischen Umweltorganisationen. Österreich bekomme ein schwaches Gesetz, mit dem der Energieverbrauch nicht substanziell gesenkt werden könne, energiearmen Haushalten kaum geholfen werde und das Land abhängig von Energieimporten bleibe, resümierte Global 2000. Die Organisation appellierte aber gleichzeitig an die SPÖ, die Blockadehaltung aufzugeben und wieder "positiv" mitzuarbeiten. Der WWF bezeichnete die Regierungsvorlage als "Minimalvariante". Der Beschluss des Gesetzes sei daher "fahrlässig und verantwortungslos".

"Energieeffizienz mindert Inflationsdruck"

Die Interessensvertretung der heimischen Energiedienstleister, Deca, pochte unterdessen auf einen raschen Beschluss des Gesetzes, welches bereits "seit drei Jahren überfällig" sei. Jeder weitere Tag ohne klare Rahmenbedingungen hemme die Energiedienstleister dabei, für ihre Kunden und Kundinnen Lösungen weg von fossilen Energieträgern und hohen Energiekosten zu finden, sagte Deca-Obmann Josef Wolfbeißer. Zudem sei Energieeffizienz eine wesentliche Maßnahme, um den Inflationsdruck zu mindern.

Die Europäische Kommission hatte wegen der Verzögerung beim Gesetzesvorhaben bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet. /af

Von Alexander Fuchssteiner

BILANZ

TiwaG hält Jahresergebnis 2022 stabil

Innsbruck (energate) - Der Tiroler Versorger TiwaG konnte sein Betriebsergebnis 2022 stabil halten. Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen konnte das operative Ergebnis (Ebit) im Vergleich zum Vorjahr um rund sieben Prozent auf gut 128 Mio. Euro gesteigert werden. Das Unternehmen habe trotz rasant angestiegener Beschaffungskosten Preisstabilität gewährleistet, sagte TiwaG-Aufsichtsratsvorsitzender Eduard Wallnöfer. Dem Eigentümer, dem Land Tirol, wird für das Geschäftsjahr 2022 eine erhöhte Dividende von 30 Mio. Euro ausbezahlt. Ebenfalls wurde im Rahmen der Aufsichtsratssitzung der Baubeschluss für das neue Ausleitungskraftwerk Tauernbach-Gruben in Osttirol gefällt. Die Investitionssumme für das Projekt, dessen Baustart im Herbst 2023 erfolgen soll, beträgt rund 163 Mio. Euro.

2022 investierte die TiwaG laut eigenen Angaben rund 330 Mio. Euro in den Um- und Ausbau der Infrastruktur für die Energiewende. Bis 2027 plant der Konzern Investitionen von rund 2,1 Mrd. Euro. Davon sollen rund 1,3 Mrd. in den Ausbau der Wasserkraft, 470 Mio. in die Strom-, Gas- und Wärmenetze sowie 90 Mio. Euro in die Errichtung eigener PV- und Wärmeproduktionsanlagen fließen, informierte TiwaG-Vorstandsvorsitzender Erich Entstrasser. Um die Ziele der Energiewende im Land Tirol zu erreichen, braucht es laut Wallnöfer bis 2040 Investitionen von bis zu 10 Mrd. Euro.

Um Preisänderungen am Energiemarkt künftig schneller an die Kunden und Kundinnen weitergeben zu können, hat die TiwaG laut eigenen Angaben ihre Beschaffungsstrategie optimiert. Im

Zuge dessen sei in den Sommermonaten eine Neukalkulation der Preise geplant, damit es noch im Herbst zu einer Anpassung kommen könne. Damit wolle der Versorger einen Beitrag leisten, um die Menschen wieder rasch zu entlasten, hieß es. Unterdessen wurde das Wechselangebot zum neuen Tarif der TiwaG laut eigener Auskunft bislang von über 61.000 Kunden und Kundinnen angenommen. Ab Juni erhöht der Versorger den Strom-Arbeitspreis auf 18,9 Cent/kWh.

Bestandskunden, die freiwillig in diesen Tarif wechseln, erhalten einen befristeten Bonus von 2 Cent pro Kilowattstunde, berichteten Medien. Die Strompreiserhöhung des Tiroler Versorgers hatte in der Öffentlichkeit für einigen Wirbel gesorgt. Die Arbeiterkammer Tirol hält die Erhöhung der Stromtarife für unrechtmäßig und kündigte eine Klage an. Auch die Landespolitik warf sich gegen die Preiserhöhung ins Gewicht. Der Energieversorger argumentierte, dass es ohne Preiserhöhung nicht gehe, reduzierte diese aber um rund die Hälfte. Aktuell fordert der Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) eine weitere Senkung des Stromtarifs um 15 Prozent im Herbst. /af
Von Alexander Fuchssteiner

HAUPTVERSAMMLUNG

OMV: Entlastung für Rainer Seele

Wien (energate) - Die Hauptversammlung der OMV hat dem früheren Konzernchef Rainer Seele die Entlastung erteilt und eine Gesamtdividende von 5,05 Euro beschlossen. Im Aufsichtsrat folgt Lutz Feldmann als Chef Mark Garrett nach, der für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung steht. Wie von energate berichtet, hat die OMV im Vorjahr mit rund 22.300 Beschäftigten einen Umsatz von 62 Mrd. Euro erwirtschaftet. Aktuell befindet sich das Unternehmen nach Vorgabe von Konzernchef Alfred Stern im "grundlegendsten strategischen Wandel der Firmengeschichte". Kern dieses im Vorjahr formulierten Ziels ist eine stärkere Ausrichtung auf Kunststoffe, Chemikalien und synthetische Treibstoffe sowie mittelfristig ein Ende der Förderung von Öl und Gas für die Energiegewinnung.

Entlastung mit Stimme von ÖBAG und Adnoc

Die Frage nach der Entlastung von Rainer Seele war eines der zentralen Themen der elf Stunden dauernden Aktionärsversammlung. Der Manager hat den Konzern sechs Jahre lang geleitet und in dieser Zeit mehrere Geschäftsfelder stark ausgebaut. Nach Vorwürfen von möglichen Pflichtverletzungen trat er im August 2021 zurück. Konkret ging es um die vorzeitige Verlängerung von Verträgen mit Gazprom und um Fußballsponsoring in Russland. Seele habe die OMV grundsätzlich zu stark in Richtung Russland ausgerichtet, so die Kritiker. Der aktuell geltende Liefervertrag mit Gazprom gilt bis 2040, nach Angaben des amtierenden Vorstands gibt es keine ordentliche Kündigungsmöglichkeit.

Daraufhin hatten Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagen, Seele die Entlastung für das abgelaufene Geschäftsjahr zu verweigern. Es folgte eine Prüfung von zwei externen Anwaltskanzleien. Das Ergebnis: Es habe kein einklagbares Fehlverhalten von Seele gegeben. Bei der nun

erfolgten Hauptversammlung positionierten sich schließlich die österreichische Staatsbeteiligungsholding ÖBAG und die arabische Gesellschaft Adnoc für eine Entlastung. Die ÖBAG hält 31,5 Prozent an der OMV, Adnoc 24,9 Prozent. Im Vorfeld der Hauptversammlung stellte sich auch Konzernchef Stern an die Seite seines Vorgängers. Seele

habe die Entscheidungen "nicht alleine getroffen und zum damaligen Zeitpunkt waren das betriebswirtschaftlich gesehen vernünftige Entscheidungen", so Stern gegenüber der Austria Presseagentur. Die OMV habe das geopolitische Risiko in Russland massiv unterschätzt. /pm
Von Peter Martens

Auch unterwegs immer auf dem neuesten Stand!

Mit dem ener|gate messenger⁺
haben Sie Zugriff auf **laufend
aktualisierte Nachrichten
per Web & App.**

Jetzt mehr erfahren!

